Interpellation

Gemäss Art. 58 Kantonsratsgesetz

Landeskirchen als politische Propagandatreiber

Seit einiger Zeit mischen sich die Landeskirchen vermehrt öffentlich in die politische Meinungsbildung ein.

Vermehrt werden Volksabstimmungen gezielt und aktiv von unseren Landeskirchen beworben, sie treten parteiisch auf und missionieren parteiisch für linke Anliegen. So werbewirksam zu beobachten, z.B. an meterhohen Bannern wie am Kirchturm der Evangelischen Kirche in Sarnen für die Konzernverantwortungsinitiative, siehe Bild.

Die aktuelle ökumenische Kampagne unserer Landeskirchen («Brot für alle»*) wirbt direkt und indirekt für die beiden Agrarinitiativen und für das CO2-Gesetz. Mit dem Slogan – «weniger Fleischkonsum, mehr Regenwald, Klimagerechtigkeit jetzt». Das Befürworten des CO2-Gesetzes soll gar mit einem extra Kirchengeläut akustisch unterstützt werden.

Andere politische Positionsbezüge erfolgten die letzten Jahre durch Pfarrerinnen und Pfarrer, Bischöfe und andere Kirchenleute gezielt vor Volksabstimmungen zum Waffenexport, No Billag, Energiestrategie, Sozialdetektive, Unternehmenssteuerreform. Die jeweiligen Repräsentanten sassen in Abstimmungskomitees, verteilten Flyer, schrieben offene Briefe, traten medial bei öffentlichen Diskussionen auf und platzierten ihre Anliegen gezielt in Predigten und Schriften.

In der Schweiz sind die Landeskirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften konstituiert. Als solche verleiht ihnen der Staat das Recht auf Steuererhebung. Natürliche Personen können sich mit einem Kirchenaustritt davon befreien, hingegen sind juristische Personen zur Steuerzahlung verpflichtet.
In Obwalden gehen 4% Steuereinnahmen aller juristischen Personen an die Landeskirchen, das entspricht jährlich ca. 1 Mio Franken. Engelberg lässt weder den Firmen noch den Bürgern die freie Wahl. Die Gemeinde entschädigt das Kloster mit einer jährlichen Pauschalen von gegen Fr. 700'000.- aus der Gemeindekasse. Die Landeskirchen haben faktisch das Monopol auf diese Zwangssteuer.

Als Dank für die Zwangsalimentierung teilen die Kirchen Schweizer Unternehmen in verantwortungsvolle und/oder menschenrechtsverletzende ein, setzten sich gegen eine liberale Marktwirtschaftsform ein (Energiestrategie, Unternehmenssteuerreform, CO2-Gesetz). Sie propagieren weniger Fleischkonsum, stellen sich damit auch gegen unsere einheimische Milch- und Landwirtschaft.
Die Kirche unterscheidet faktisch zwischen guten und schlechten Christen.

*Brot für alle ist eine Stiftung der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz

Fragen an die Regierung:

1. Wie stellt sich die Obwaldner Regierung zur aktiven, einseitigen politischen Einmischung der Landeskirchen in das öffentliche Leben und Abstimmungen?
2. Sieht die Regierung die Aufgabe der Landeskirchen darin, sich ihren seelsorgerischen Aufgaben neutral und für alle zu stellen?
3. Wie kann die Regierung sicherstellen, dass die Landeskirchen den Kindern einen neutralen Religionsunterricht gewähren, ohne politisch einseitig gefärbte Indoktrinierung?
4. In welchem Rahmen sieht die Regierung eine Berechtigung einer politischen Einmischung der Landeskirchen, wenn diese über die wichtige Aufgabe der sozialen Tätigkeit weit hinaus gehen?
5. Wie stuft die Regierung die Polit-Kampagnen der Landeskirchen zu den oben genannten Abstimmungen ein?
6. Erkennt Sie darin Wirtschaftsfeindlichkeit?
7. Wie rechtfertigt die Regierung 4% Steuereinheiten von juristischen Personen (Unternehmen) als Zwangsabgaben für die Landeskirchen, wenn diese mit öffentlich-rechtlichen Geldern gegen ihre «Finanzierer» propagieren?
8. Sieht die Regierung in den Landeskirchen durch deren politisch einseitige Propagandaaktivitäten parallelen zu einer NGO (Nichtregierungsorganisation)?

Erstunterzeichner: KR Ivo Herzog
Alpnachstad, 27. Mai 2021

Bildlegende:
Kampagne «Brot für alle»

Evangelischen Kirche in Sarnen für die Konzernverantwortungsinitiative